

Medienmitteilung

Dienstag, 11. August 2009

Steuererhöhungen sind die Konsequenz

Studie zu den Auswirkungen der Steuerharmonisierungsinitiative der SP

Der Steuerwettbewerb gehört zu unserem direktdemokratischen Föderalismus. Gleichzeitig ist er ein wichtiger Standortfaktor. Der Steuerwettbewerb gewährleistet Vielfalt, Auswahl, Effizienz und Innovation bei den Kantonsfinanzen. Er findet innerhalb klar definierter Leitplanken statt. Der Qualitätswettbewerb zwischen den Kantonen kommt allen Bürgern zugute. Nun wird der Steuerwettbewerb durch eine Initiative der SP bedroht. Die Initiative fordert Harmonisierung – Steuererhöhungen wären die Folge. Eine Studie von Prof. Lars P. Feld zeigt, dass eine materielle Steuerharmonisierung für die Schweiz ein schlechtes Geschäft ist.

economiesuisse setzt sich für eine effiziente Steuerpolitik und den Erhalt des Steuerwettbewerbs ein. Die zur Diskussion stehende SP-Steuerharmonisierungsinitiative („Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb“) greift diesen wichtigen Pfeiler des schweizerischen direktdemokratischen und föderalen Systems an. „Durch die Initiative ist nicht nur die gute Stellung der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb gefährdet. Sie ist gleichzeitig eine Offensive gegen ein wichtiges Element unseres Staatsverständnisses“, betont Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse. Ein Steuerkartell in Form einer schweizweiten Mindestbesteuerung würde das Staatswesen verteuern, ohne zusätzliche Leistungen zu bringen.

„Die Initiative ist ein schlechtes Geschäft, das den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern nicht zu empfehlen ist“, stellt Lars P. Feld, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, klar. Seine Analyse zeigt, dass der Steuer- und Leistungswettbewerb vorwiegend positive Auswirkungen auf die effiziente Bereitstellung und die Finanzierung öffentlicher Leistungen hat und politische Innovationen fördert. Ein „race to the bottom“ findet in der Schweiz nicht statt. Vielmehr sind die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden in den letzten Jahrzehnten stärker gewachsen als die Wirtschaft. Der Steuerwettbewerb hat somit zu Mehreinnahmen geführt und dem Staat nicht geschadet. Laut Feld würden die steuerlichen Zusatzbelastungen der Initiative nicht nur die obersten Einkommen negativ treffen, sondern bis weit in den Mittelstand wirken. Mindestens die Hälfte der Kantone müsste ihre Steuersätze erhöhen. Das hätte auch Anpassungen im Tarifverlauf und somit Steuererhöhungen für mittlere Einkommen zur Folge.

Auch Thomas Staehelin, Kommissionspräsident für Finanzen und Steuern bei economiesuisse, befürchtet durch eine materielle Steuerharmonisierung Steuererhöhungen. Durch den Wegfall des Wettbewerbs fällt gerade für Hochsteuerkantone die Steuerbremse weg; „Steuererhöhungen wären die Folge“, warnt Staehelin. Für die Schweizerinnen und Schweizer ginge damit ein Teil der Wahlfreiheit verloren.

„Der Steuerwettbewerb in der Schweiz verläuft längst nicht mehr ungehindert“, hält Christoph Schaltegger fest. Über den Neuen Finanzausgleich werden Disparitäten zwischen den Kantonen ausgeglichen. Gleichzeitig kennt die Schweiz eine formelle Harmonisierung der Steuerbasis, die eine Vergleichbarkeit der kantonalen Steuerpolitik und damit einen fairen Finanzausgleich schafft. Für die Schweiz hätte eine Steuerharmonisierung viele Nachteile. In einer globalisierten Welt wird die flexible Anpassung des Steuersystems immer wichtiger. Auf kantonaler Ebene lässt sich diese deutlich rascher umsetzen. Blockiert man die Kantone, blockiert man auch einen bedeutenden Standortfaktor der Schweiz: Die Initiative ist damit ein schlechtes Geschäft für alle!

Rückfragen:
Urs Rellstab
Telefon: 044 421 35 35
urs.rellstab@economiesuisse.ch

Medienkonferenz

Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Dienstag, 11. August 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Standortfaktor Steuerpolitik nicht aufs Spiel setzen

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Standortwettbewerb ist eine Realität – sowohl international als auch national. Mit der Globalisierung nimmt die Mobilität von Gütern, Dienstleistungen und Personen immer stärker zu. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft diesen Prozess. In diesem Umfeld kommt einer effizienten Steuerpolitik eine wichtige Rolle zu. Sie ist neben anderen Elementen ein zentraler Standortfaktor. Relevant sind dabei nicht nur tiefe Sätze, die jeweiligen Bemessungsgrundlagen oder „weiche“ Faktoren wie das Steuerklima und die Berechenbarkeit von Steuerbehörden, sondern vor allem auch der systemische Ansatz eines gelebten Wettbewerbs zwischen den Gebietskörperschaften. Dieser setzt Anreize für sparsames und wirtschaftliches Handeln. Eine Einschränkung des Steuerwettbewerbs, wie sie die SP-Steuerinitiative verlangt, darf daher nicht losgelöst von unserem System betrachtet werden.

Unser schweizerisches Steuersystem zeichnet sich durch drei besondere konstitutive Merkmale aus:

1. **Direkte Demokratie:** Das Volk kann sich bei steuerpolitischen Fragen stark einbringen. Mittels Abstimmungen, Initiativen und Finanzreferenden ist damit ein bürgernahes und demokratisch legitimes Steuersystem gewährleistet. Die Art und Höhe der Steuerbelastung – aber auch die damit realisierbaren Tätigkeiten und Ausgaben – werden direkt vom Volk bestimmt. Das ist weltweit fast einzigartig.
2. **Föderalismus:** Das schweizerische Steuersystem ist stark geprägt durch den Föderalismus. Gemäss OECD ist die Schweiz der Staat mit der stärksten fiskalischen Dezentralisierung. Die hohe Finanzautonomie der Kantone und Gemeinden führt dazu, dass der Bund und die zentralstaatlich gesteuerten Sozialversicherungen zusammen nur etwa die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen von rund 200 Mrd. Franken generieren. Die andere Hälfte machen Kantone und Gemeinden aus. Obwohl der Bund und die Sozialversicherungen über die letzten Jahrzehnte deutlich mehr Aufgaben übernommen haben und diese stetig ausgebaut wurden, konnte die Entwicklung der Ausgaben von Kantonen und Gemeinden in der gleichen Zeit – dank dem Wettbewerbsdruck und dem gezielten Einsatz der Mittel – besser unter Kontrolle gebracht werden.
3. **Vertrauen der Steuerbehörden in den Bürger:** In der Schweiz dominiert das Verständnis, dass der Staat für den Bürger da sein soll und nicht umgekehrt. Das Prinzip der Selbstdeklaration

oder das Bankkundengeheimnis sind Beispiele für ein Bild eines mündigen, selbstverantwortlichen Bürgers. Den Polizeisteuerstaat bzw. den gläsernen Bürger soll es nicht geben.

Dieser im internationalen Vergleich einzigartige Finanzföderalismus und der damit verbundene, intensive Ausgaben- und Steuerwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden tragen massgeblich dazu bei, dass unser Land in strategisch wichtigen Bereichen international ausgezeichnet positioniert ist. Die kantonalen steuerlichen Spielräume sind hier nicht unerheblich: Attraktive Einkommensteuersysteme für alle (wie z.B. die Flat Rate Tax), abgeschaffte Erbschaftsteuern, die Möglichkeit der Besteuerung nach Aufwand sowie die Regimes für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften sind klare Beispiele, dass unser Land zur Spitzenliga gehört. Davon profitieren nicht nur Vermögende und grosse Unternehmen, sondern alle. Unser System des kantonalen Steuerwettbewerbs ist letztlich gut für den Wohlstand der ganzen Schweiz.

Es erstaunt daher nicht, dass gewisse Kreise im Ausland – insbesondere in Hochsteuerländern – unsere steuerliche Stellung missbilligen und über alle möglichen Kanäle versuchen, die Schweiz in Steuerfragen unter Druck zu setzen. Viele Länder stehen vor der Herausforderung der Finanzierung von aufgeblähten Sozialsystemen und Staatsquoten. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat zu deutlich tieferen Einnahmen und in Kombination mit oftmals überrissenen Konjunkturprogrammen zu riesigen Defiziten geführt. Der Kampf der OECD mit ominösen Steuerlisten oder der Angriff der EU auf unsere kantonalen Steuerregimes sind ein klarer Hinweis darauf, dass es in dieser internationalen Diskussion nicht um Fragen der Gerechtigkeit, sondern primär um rein fiskalische und machtpolitische Interessen geht. Dahinter stehen letztlich Kräfte, die sich für kartellistische bzw. monopolistische Steuer- und Staatsstrukturen stark machen.

Vor diesem Hintergrund ist die heute zur Diskussion stehende SP-Steuerharmonisierungsinitiative ein klarer Angriff auf einen wichtigen Pfeiler des schweizerischen Systems. Durch die Initiative ist nicht nur die gute Stellung der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb gefährdet. Sie ist gleichzeitig eine Offensive gegen ein wichtiges Element unseres Staatsverständnisses. Es ist zwar nicht zu leugnen, dass Steuerwettbewerb für alle beteiligten Gebietskörperschaften und Finanzwarte unbequem ist. Ein Steuerkartell oder gar ein Steuermonopol in Form einer schweizweiten Mindestbesteuerung wären aber deutlich schlechtere Alternativen für die Bürger. Das Staatswesen würde letztlich teurer – ohne dass man auf mehr Leistungen zählen könnte. Auch der von den Initianten propagierte „ruinöse Steuerwettbewerb“ ist eine Legende. Er findet nicht einmal ansatzweise statt. Trotz tieferen Steuersätzen sind die Steuereinnahmen seit 1970 deutlich stärker gewachsen als die Wirtschaft. Bei den Einkommen- und Ertragsteuern, also dort, wo der Wettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden voll spielt, ist sogar ein deutlich überproportionaler Anstieg zu verzeichnen. Unser Steuersystem ist zudem ausgeprägt solidarisch – sowohl innerhalb als auch zwischen den Kantonen. Das hat unsere Umverteilungsstudie „Wer finanziert den Staat in der Schweiz“¹ aus dem Jahr 2007 klar aufgezeigt. So zahlen auf konsolidierter Kantons- und Gemeindeebene acht Prozent der Personen 40 Prozent der gesamten Einkommensteuern, während fast ein Drittel finanziell kaum etwas dazu beiträgt. Über den Finanzausgleich werden zudem jährlich mehrere Milliarden Franken zwischen den Kantonen umverteilt.

¹ http://www.economiesuisse.ch/web/de/PDF%20Download%20Files/umverteilungsstudie_20070820_de.pdf

Angesichts der Krise und der aufgeblähten Sozialsysteme ist der steigende Druck durch gewisse Kreise für zentralistische Rezepte nachvollziehbar. Die Schweiz darf aber – erst recht im derzeitigen Umfeld – keine unüberlegten Experimente wagen, die mit unserem bewährten, föderalen Staatsverständnis nicht vereinbar sind. Vielmehr muss sie ihre Standortinteressen auf der internationalen Bühne unbedingt verteidigen. Die Annahme der SP-Initiative wäre ein Eigengolb sondergleichen. Wir würden unseren Standort damit selber schwächen. Deshalb sagen wir klar Nein zur Initiative, denn sie ist nichts anderes als eine Steuererhöhungsvorlage.

Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Lars P. Feld



Universität Heidelberg, ZEW Mannheim, Leopoldina,
SIAW-HSG, Crema, CESifo

Die SP-Steurgerechtigkeitsinitiative



- Eidgenössischen Volksinitiative „Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steurgerechtigkeits-Initiative, SP-Initiative)“
 - Für Alleinstehende Mindestgrenzsteuersatz der kantonalen und kommunalen Einkommensteuern von 22 Prozent auf steuerbare Einkommen über 250'000 SFr.
 - Für Alleinstehende Mindestgrenzsteuersatz der kantonalen und kommunalen Vermögensteuern von fünf Promille auf steuerbare Vermögen von 2 Mio. SFr.
 - Anpassung für gemeinsam veranlagte Paare und solche mit Kindern.
 - Degressionsverbot
-



Die SP-Steurgerechtigkeitsinitiative

- Gründe für die Initiative (SPS-Argumentarium)
 - Zunehmend aggressiver Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen.
 - Erhöhung der interregionalen Disparitäten (regionale Einkommensverteilung).
 - Begünstigung der „Reichen“ (personelle Einkommensverteilung).
 - Abbau öffentlicher Leistungen.
 - Schädigung der Schweiz im internationalen Standortwettbewerb.
 - Stimmt das?
-



Gliederung der Präsentation

- Ausgangslage
 - Mögliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs
 - Tatsächliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz
 - Wie wirkt sich die SP-Initiative aus?
 - Schlussbemerkungen
-



Ausgangslage

- Erhebliche Steuerbelastungsunterschiede zwischen den Kantonen, aber kein “race to the bottom”.
 - International gute Position, aber nicht unbestritten.
 - Steuerharmonisierungsgesetz
 - Extensive Auslegung durch Bundesgericht hat bereits zu materieller Harmonisierung geführt.
 - Obwalden-Urteil mit Überhöhung des Leistungsfähigkeitsprinzips.
 - Bemessungsgrundlagen kaum mehr autonom bestimmbar.
 - NFA beschränkt Wirkungen des Steuerwettbewerbs.
-



Mögliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs

- Möglich heißt: Ökonomische Theorie des fiskalischen Wettbewerbs
 - Verheißung des Steuerwettbewerbs
 - Wanderung zwischen Gebietskörperschaften übt Druck zur effizienten Leistungserstellung und zur Orientierung an Bürgerpräferenzen aus.
 - Fiskalischer Wettbewerb generiert politische Innovationen.
 - Übermäßige Besteuerung durch eigennützige Politiker wird verhindert.
-



Mögliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs

- **Prinzip der institutionellen Kongruenz**
 - **Die dunkle Seite des Steuerwettbewerbs**
 - **Potentielle (horizontale und vertikale) Verzerrungen**
 - **Skalenvorteile durch Harmonisierung**
 - **Unmöglichkeit dezentraler Umverteilung**
 - **Verstärkung regionaler Disparitäten**
 - **Abschreckung von Direktinvestitionen**
 - **Problem der Asymmetrien**
-



Tatsächliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz

- **Mobilitätsthese I: Standortwahl**
 - **Negativer Einfluss von Steuern auf Standortwahl von Firmen und kantonale Beschäftigung: Einkommensteuern stärker als Gewinnsteuern.**
 - **Negativer Effekt der Gewinnsteuer auf Start-Ups und Neugründungen.**
-

Tatsächliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz



Mobilitätsthese II: Wohnortwahl

- **Bezieher hoher Einkommen wählen Wohnort mit niedrigen Einkommensteuern oder besseren öffentlichen Leistungen.**
 - **Intensiverer Steuerwettbewerb auf der lokalen als auf der kantonalen Ebene...**
 - **... und stärker für Selbständige als für Rentner und abhängig Beschäftigte.**
 - **Junge, gut ausgebildete Schweizer reagieren besonders.**
-

Tatsächliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz



Strategiethese

- **Je geringer die Steuerbelastung im benachbarten Kanton, um so stärker senkt ein Kanton seine Steuern.**
- **Stärkere Reaktionen auf lokaler als kantonaler Ebene.**
- **Ähnliche Evidenz für Ausgaben.**

Effizienzthese

- **Kapitalisierungseffekte**
 - **Relativ geringe Verzerrungen**
 - **Günstiger Effekt des Steuerwettbewerbs auf Bildung.**
-



Tatsächliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz

Verteilungsthese

- Steuerwettbewerb führt zu geringerer Staatstätigkeit, insbesondere zu geringeren Wohlfahrtsausgaben.
 - Veränderung der Einnahmenstruktur zur Gebührenfinanzierung.
 - Kein Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaats.
 - Keine oder allenfalls moderate Effekte auf tatsächlich erreichte Einkommensumverteilung.
-



Tatsächliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz

Wachstumsthese

- Steuerwettbewerb erhöht kantonale Arbeitsproduktivität.
- Keine verlässliche Evidenz zur Konvergenz.

Ausländische Direktinvestitionen

- Mehr-Ebenen-Systeme schrecken Investoren nicht ab, wenn der Föderalismus wettbewerblich organisiert ist.
-



Tatsächliche Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz

- Verschuldungsthese
 - Steuerwettbewerb wirkt sich im Durchschnitt günstig auf die kantonale Staatsverschuldung aus.
 - Konsolidierungsprozesse werden befördert.
- Asymmetrien
 - Im Schweizer Wettbewerbsföderalismus stark ausgeprägt.
 - Grund für Finanzausgleich, aber nicht mehr.



Wie wirkt sich die SP-Initiative aus?

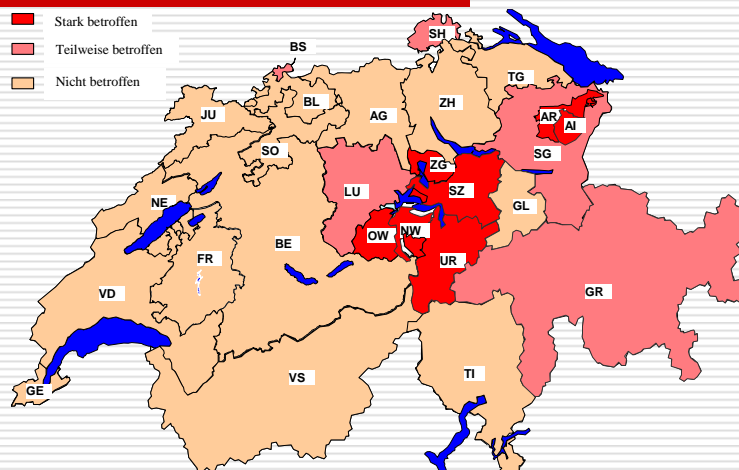


Abbildung 14: Steuererhöhungen kantonale Einkommensteuern aufgrund der „Steuergerechtigkeits-Initiative“ bei einem Mindestgrenzsteuersatz von 22 Prozent



Wie wirkt sich die SP-Initiative aus?

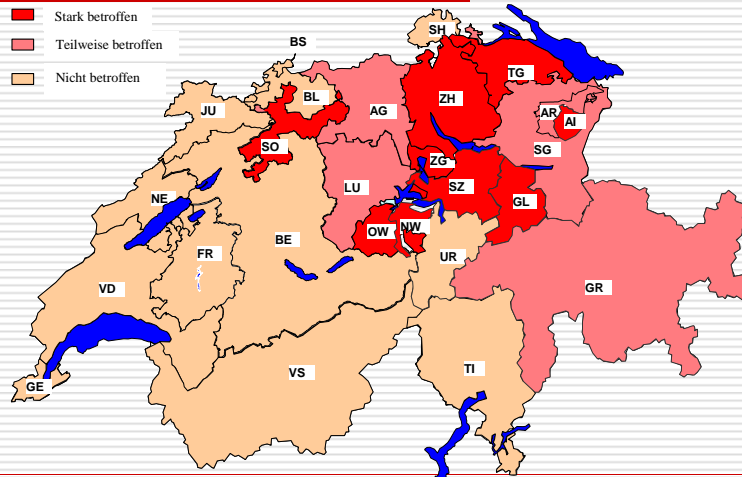


Abbildung 16: Steuererhöhungen kantonaler Vermögensteuern aufgrund der „Steuergerechtigkeits-Initiative“ bei einem Mindestgrenzsteuersatz von 5 Promille



Schlussbemerkungen

- Steuerwettbewerb in der Schweiz wirkt sich eher günstig aus.
- SP-Initiative ist deshalb abzulehnen.
- Einige Kantone betroffen, insbesondere wenn innere Regression vermieden werden soll.
- SP-Initiative als Programm zu einer breiten Steuererhöhung.
- Weitere Vorstellungen zur Steuerharmonisierung (Modell Zehnder, Kontrollkommission) können nicht überzeugen.

Medienkonferenz

Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Dienstag, 11. August 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Materielle Steuerharmonisierung: der falsche Weg

Dr. Christoph Schaltegger, Mitglied der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Beim Thema Föderalismus verfügen wir Schweizer über einen reichen Erfahrungsschatz: Für das Verständnis unseres Landes ist er ein prägendes Merkmal. Angesichts der verschiedenen Sprachen, Religionen und Kulturen ist der Föderalismus gleichsam identitätsstiftend wie unverzichtbar.

Kernelement des Föderalismus ist die Steuerautonomie der Kantone. Die sogenannte „power to tax“ stellt die Basis politischer Macht dar. Ohne ausreichende Steuergewalt bliebe die Autonomie und damit das Selbstverständnis der Kantone nur Stückwerk. Steuerautonomie bedeutet auch Steuerwettbewerb. Dabei verläuft der Steuerwettbewerb in der Schweiz aber längst nicht mehr ungehindert: Der Ausgleich zwischen den Landesteilen ist wichtig. Es geht um Kohäsion, um den Zusammenhalt der Willensnation Schweiz. Diesen erreichen wir über den Finanzausgleich. Er zielt darauf ab, die finanziellen Disparitäten zwischen den einzelnen Kantonen auszugleichen. Am 28. November 2004 hat der Souverän diese Politik bekräftigt. Das Volk hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) mit einer Mehrheit von 64,4 Prozent der Stimmen und von 20½ Ständen angenommen.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass die Schweiz eine formelle Harmonisierung der Steuerbasis kennt. Die formelle Steuerharmonisierung dient der Vergleichbarkeit der kantonalen Steuerpolitik und schafft damit eine gemeinsame Basis für einen fairen Finanzausgleich.

Die SP möchte nun einen Schritt weiter gehen und sogar eine materielle Steuerharmonisierung anstreben. Ohne den Druck des Wohnort- und Standortwechsels liesse sich der Steuerappetit der Regierungen aber nur ungenügend zähmen. Das zeigt die Studie von Prof. Feld eindrücklich. Steuerwettbewerb zwingt zum effizienten Mitteleinsatz und hält die Steuern moderat. Eine Steuerharmonisierung bedroht diese Errungenschaft. Das Innovationspotenzial in den Kantonen würde erlahmen. Wollen wir wirklich eine Schweiz mit einheitlichen Steuer- und Sozialgesetzen, einer gleichmässigen und durchschnittlichen Versorgung an öffentlichen Leistungen, mit minimalen lokalspezifischen kulturellen Ausprägungen?

Anlässlich der Abstimmung zur formellen Steuerharmonisierung von 1977 wurde bereits eine materielle Harmonisierung der Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden diskutiert. Der Bundesrat verwarf diese Idee jedoch schon damals ausdrücklich. Er argumentierte, dass „... die einzelnen Kantone und Gemeinden sehr unterschiedliche Finanzbedürfnisse haben; der bundesrechtliche Einheitstarif müsste deshalb ohnehin durch kantonale und kommunale Zuschläge ergänzt werden; eine Belastungsharmonisierung würde nicht erreicht. Besser und dem föderalistischen Staatsaufbau angemessener ist es, eine gewisse Belastungsangleichung durch eine Verbesserung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs anzustreben“.

Ein wichtiger Aspekt, der in Zukunft wahrscheinlich an Bedeutung gewinnen wird, ist: Steuerreformen auf kantonaler Ebene lassen sich rascher durchsetzen als auf Bundesebene. Die Kantone können flexibler auf die Herausforderungen reagieren. Der ehemalige Landammann und Ständerat Raymond Broger behauptete an der Innerrhoder Landsgemeinde im April 1976 nicht ohne Grund: „Es gibt überhaupt fast nichts, was dem Bund selbst in den Sinn gekommen ist. Fast alles hat er den Kantonen aus ihren praktischen Experimentierfeldern abgeschaut.“

Steuerlich attraktive Kantone erhöhen die steuerliche Attraktivität der Schweiz insgesamt. In einer globalisierten Welt mit sich verschärfendem Steuerwettbewerb wird die flexible Anpassung des Steuersystems an die sich ändernden Rahmenbedingungen immer wichtiger. Der Bund reagiert auf diese Herausforderungen träger als die Kantone. Wir tun deshalb gut daran, wenn wir unsere Kantone ihre komparativen Vorteile im internationalen Steuerwettbewerb voll ausspielen lassen. Davon profitiert die Schweiz als Ganzes. Das bedingt aber, dass wir die Kantone nicht mit einer materiellen Steuerharmonisierung oder einer Kontrollkommission für die Steuerharmonisierung fesseln, wie sie ebenfalls gelegentlich vorgeschlagen wird.

Die materielle Steuerharmonisierung ist der falsche Weg: Sie trägt nicht zum Ausgleich der kantonalen Disparitäten bei. Es ist eher zu befürchten, dass damit die peripheren Regionen entweder zu „Armenhäusern“ verkämen oder sich die Kantone als „Beutejäger“ in Bern profilieren müssten. Steuerwettbewerb und Finanzausgleich sind ein bewährtes helvetisches Erfolgsrezept. Tragen wir Sorge dazu.

Medienkonferenz

Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Dienstag, 11. August 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Steuerwettbewerb – in der Praxis bewährt

Dr. Thomas Staehelin, Präsident Finanz- und Steuerkommission

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Kommissionspräsident für Steuern und Finanzen bei economiessuisse war es mir ein Anliegen, die Auswirkungen der SP-Volksinitiative für eine materielle Steuerharmonisierung wissenschaftlich zu untersuchen. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe. Bedingt durch meine berufliche Tätigkeit habe ich viele internationale Kontakte. Ich kann aus praktischer Erfahrung beurteilen, welchen Einfluss die Steuergesetzgebung auf die Ansiedlung von Investitionen und Investoren an einem Standort hat. Man darf sich hier keine Illusionen machen; ein wichtiger Teil unseres Wohlstands fusst auf der internationalen Standortattraktivität. Investoren schätzen an der Schweiz die Rechtssicherheit, die unbürokratischen und pragmatischen Verwaltungsabläufe, gut ausgebildete Arbeitskräfte, leistungsfähige Infrastrukturen und vieles mehr. Ein wesentlicher Aspekt kommt allerdings der Steuerbelastung zu. Das belegt die Analyse von Prof. Feld. Sicherlich: Die Schweiz hat viele Standortvorteile. Für ein Land mit bescheidenem Binnenmarkt, wenigen Rohstoffen und schwierigen geografisch-topografischen Verhältnissen ist die moderate Steuerbelastung aber von entscheidender Bedeutung.

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass der internationale Steuerwettbewerb im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft an Bedeutung stark zugelegt hat. Standortvorteile sind aber der Erosion ausgesetzt. Einmal errungen, werden sie schnell in Frage gestellt.

Die Schweiz konnte sich in diesem Wettbewerb bisher gut behaupten. Der kantonale Steuerwettbewerb hat wesentlich dazu beigetragen. Flexibel und pragmatisch werden immer wieder Wege und Möglichkeiten gesucht, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Je nach kantonaler Branchenstruktur, Infrastrukturanangebot, Struktur der Arbeitskräfte, kulturellen Eigenheiten oder historisch gewachsenen Industriekompetenzen müssen die steuerlichen Lösungen nicht überall gleich aussehen. Das ist die positive Kraft des Wettbewerbs. Diesen sollten wir unbedingt bewahren.

Als Präsident der Handelskammer beider Basel kenne ich die Lage in einem Hochsteuerkanton. Gemäss Argumentation der Initianten könnten wir Basler ja mindestens teilweise frohlocken. Erstens sind wir von den Mindestgrenzsteuersätzen vordergründig nicht betroffen. Zweitens sollen wir uns auch

noch stärker am Finanzausgleich beteiligen können, verspricht uns die Volksinitiative. Doch die Erfahrung entlarvt die Verheissungen schnell. Bezeichnend ist hier die Aussage des früheren Finanzministers Kaspar Villiger für Luzern. Er meinte im Jahr 1999: „Ich bin ein Luzerner und habe selber ein bisschen Erfahrung mit dem kantonalen Steuerwettbewerb. Ich habe mich einerseits über die Zuger und Nidwaldner auch immer etwas geärgert. Unser damaliger Finanzdirektor, Herr Mugglin von der CVP, pflegte zu sagen, die dümmste Investition sei die Autobahn nach Hergiswil gewesen, weil sie die Steuerflucht von zwanzig auf fünf Minuten verkürzt habe. Auf der anderen Seite muss man klar realisieren: Hätte es Zug und Nidwalden nicht gegeben, hätte der Luzerner Fiskus wahrscheinlich stärker zugeschlagen. Das ist die Bremse.“

Das Gesagte gilt auch für Basel und alle anderen Hochsteuerkantone. Eine materielle Steuerharmonisierung wäre auch und gerade für uns eine Gefahr. Die Steuerbremse wäre weg und Steuererhöhungen die Folge. Auch das zeigt die Studie von Prof. Feld eindrücklich. Die Volksinitiative schlägt uns ein schlechtes Geschäft vor: Verzichten wir darauf!

Medienkonferenz, 11. August 2009
Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Standortfaktor Steuerpolitik nicht aufs Spiel setzen



Dr. Pascal Gentinetta,
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Konstitutive Merkmale des Schweizer Steuersystems

- ▶ Direkte Demokratie
- ▶ Föderalismus
- ▶ Vertrauen der Steuerbehörden in den Bürger

- ➔ Steuerwettbewerb gehört zu unserem direktdemokratischen Föderalismus

Fiskalische Dezentralisierung

Anteil der regionalen und lokalen Regierungen an den gesamten Steuereinnahmen

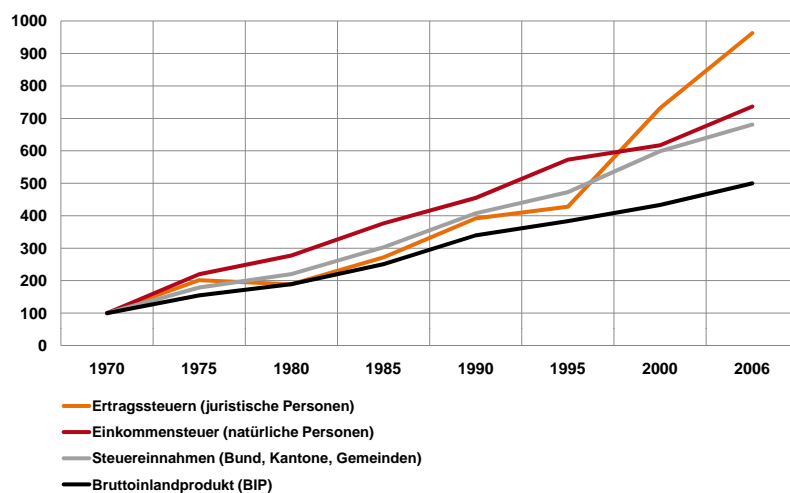
Land	Anteil an Steuern	Anteil am BIP
Schweiz	41%	12%
Dänemark	36%	17%
USA	34%	9%
Schweden	32%	16%
Deutschland	29%	10%
Japan	25%	7%
Österreich	19%	8%
Italien	14%	7%
Frankreich	10%	4%
Grossbritannien	5%	2%
Niederlande	4%	2%
Durchschnitt OECD	17%	6%

Quelle: OECD Revenue Statistics (2008): Taxing power of sub-central governments

© economieuisse

Kein ruinöser Steuerwettbewerb

Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zum BIP (1970-2006, 1970 = 100)

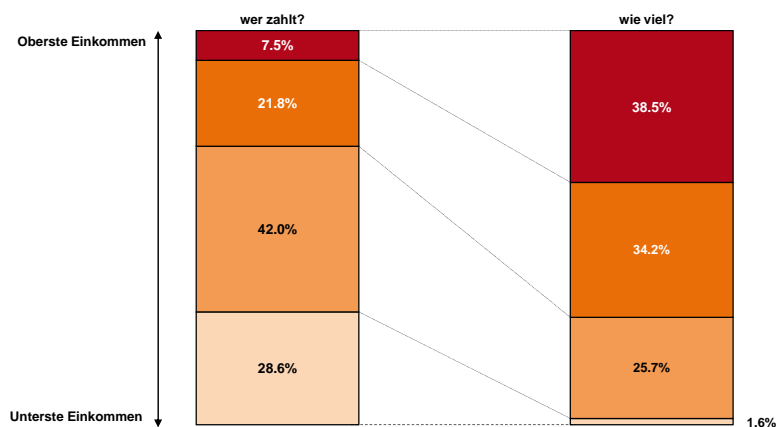


Quellen: EFD: Öffentliche Finanzen der Schweiz, Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen

© economieuisse

Solidarisches Steuersystem

Verteilung der Steuerlast auf Kantons- und Gemeindeebene (Einkommensteuer)



Quellen: ESTV, EFV, economieuisse

© economieuisse



Medienkonferenz, 11. August 2009
Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Materielle Steuerharmonisierung: der falsche Weg



Dr. Christoph Schaltegger,
Mitglied der Geschäftsleitung

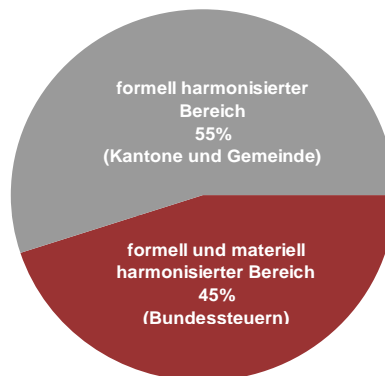
Steuerwettbewerb mit Regeln

- ▶ Autonomiegrad definiert den Steuerwettbewerb
- ▶ Fiskalische Autonomie stärkt die Demokratie
- ▶ Aber: kantonaler Steuerwettbewerb läuft nicht ungehindert ab
 - Finanzausgleich mit Umverteilungswirkung
 - Formelle Steuerharmonisierung (StHG)
 - Bundesgericht mit Urteilen zu kantonalen Steuergesetzen

© economieuisse

Bestehende Harmonisierung in der Schweiz

Formelle und materielle Harmonisierung in der Schweiz
in Prozent der Steuereinnahmen von Bund, Kantone und Gemeinde



... fast die Hälfte der Steuereinnahmen in der Schweiz untersteht bereits heute nicht dem internen Steuerwettbewerb !

Quelle: EFD, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2004

© economieuisse

Weitere Steuerharmonisierung?

Materielle Steuerharmonisierung - ein schlechtes Geschäft:

- ▶ Flexibilität der Kantone ginge verloren
- ▶ Kantonaler Steuerappetit würde steigen
- ▶ Kantonale Autonomie als Quelle der Innovation würde versiegen

Tragen wir Sorge zum bewährten kantonalen Steuerwettbewerb mit Finanzausgleich

© economiesuisse



Medienkonferenz:
Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Steuerwettbewerb – in der Praxis bewährt



Dr. Thomas Staehelin
Vorstandsmitglied und
Kommissionspräsident für Steuern und
Finanzen, economiesuisse
Präsident Handelskammer beider Basel

Situation Hochsteuerkantone

Auf ersten Blick nicht von der Initiative betroffen:

- ▶ Keine Anpassung der Mindestgrenzsteuersätze
- ▶ Stärkere Beteiligung am Finanzausgleich

Aber der Schein trügt, denn fällt der Wettbewerb weg

- ▶ fallen Steuerbremsen (z.B. aus umliegenden Kantonen) weg
- ▶ drohen Steuererhöhungen und Effizienzverlust